

An die Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030-700 94 25 60  
Fax: 030-700 94 25 19  
info@bage.de  
www.bage.de

Bankverbindung  
Frankfurter Sparkasse  
Kto.-Nr. 209 866  
BLZ 500 50 201

**Gemeinsames Kommuniqué des „Grünen Kita-Gipfels – Herausforderungen annehmen“ am 21.05.2011 in Berlin**

Berlin, den 5. Juli 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen „BAGE e.V.“ begrüßt ausdrücklich das von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen und den TeilnehmerInnen des Grünen Kita-Gipfels verfasste Kommuniqué zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten.

Wir halten es für eine der z.Z. dringlichsten Aufgaben der Politik, bundesweit Rahmenbedingungen für Kindertagesstätten sicherzustellen, die eine frühkindliche Bildung ermöglichen, die Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und umfassende individuelle Förderung für alle Kinder zum Ziel haben.

In vielen Kommunen gibt es bis heute keine seriösen Erhebungen, die den lokalen Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder aller Altersstufen abbilden. Immer wieder müssen wir erfahren, dass kommunale Jugendverwaltungen angeben, der Bedarf an Kita-Plätzen sei gedeckt, obwohl zeitgleich Eltern vor Ort keinen Kitaplatz für ihr Kind finden. Häufig sind den BürgerInnen weder die Methoden der Bedarfserhebung noch deren Ergebnisse zugänglich.

Solange die Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze von den Ländern und vom Bund keine angemessene finanzielle Beteiligung an den Betriebskosten erhalten, stehen sie bezüglich einer realistischen Bedarfsermittlung in einem naheliegenden Interessenkonflikt. Ebenfalls aus finanziellen Erwägungen heraus wird häufig versucht, den Rechtsanspruch durch ein Angebot von Halbtagsplätzen abzudecken. Da jedoch immer häufiger beide Elternteile berufstätig oder in Ausbildung sind (was gesamtgesellschaftlich ja durchaus gewünscht ist) hilft ihnen ein solcher Platz nicht dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren. Leerstehende Halbtagsplätze werden andererseits als Argument dafür herangezogen, dass der Bedarf an Kita-Plätzen vor Ort gedeckt sei. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: es fehlen bedarfsgerechte Betreuungsplätze, die es den

Eltern ermöglichen, ihrer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen und die dabei auch die notwendigen Wegezeiten berücksichtigen (von einer möglichen Verschnaufpause zwischendurch ganz zu schweigen). Hier ist eine Erhebung des tatsächlichen Bedarfs der Eltern notwendig. Wo Eltern eine Halbtagesbetreuung wünschen, gerade bei Kindern unter 3 Jahren, soll diese auch weiterhin angeboten und gefördert werden.

Die Kinderläden und Eltern-Kind-Gruppen waren Vorreiter bei der frühen Förderung von Kindern in Gruppen. Die langjährige Erfahrung der Elterninitiativen sind inzwischen wissenschaftlich belegt: Kinder, die bereits frühzeitig in den Genuss einer Kita-Betreuung kommen, haben bessere Bildungschancen. Kinder, die von der Krabbelgruppe an bis zur Einschulung gemeinsam mit anderen Kindern betreut werden, brauchen in der Regel keine zusätzlichen Sprachförderprogramme. Natürlich kommt es hierbei nicht nur auf die Quantität der Jahre in einer Kita an, sondern auch auf die Qualität. Ein wesentliches Merkmal der Kinderläden war und ist der Anspruch der Eltern und Fachkräfte, die Kinder in überschaubaren Gruppengrößen gemeinsam zu betreuen. Um den erhöhten Finanzbedarf bei einem geringeren Fachkräfte-Kinder-Schlüssel auszugleichen, haben Eltern früher extrem viele Arbeiten und Dienste im Betrieb des Kinderladens übernommen. Dies ist ihnen heute aufgrund von (sinnvollen) gesetzlichen Standardvorschriften und vor allem wegen des in der modernen Welt immer enger getakteten Zeitmanagements in den Familien trotz großem Engagement nicht mehr in dem Umfang möglich. In der Folge waren auch die Elterninitiativen vielerorts gezwungen, über die Jahre die Gruppenstärke in den Kinderläden nach und nach zu erhöhen. Je nach Bedarfslage der Kommunen kommt ggf. noch der Druck der öffentlichen Jugendhilfe hinzu, die Gruppen mit der gesetzlich erlaubten maximalen Kinderzahl zu belegen, um den Rechtsanspruch ohne Schaffung neuer Einrichtungen erfüllen zu können. Eine Erhöhung der Gruppenstärke bedeutet jedoch deutlichen Qualitätsverlust und widerspricht den fachlichen Ansprüchen, die an die Kitas gestellt werden.

Wir unterstützen ausdrücklich die fachlichen Forderungen, die an die pädagogische Arbeit gestellt werden. Jedoch benötigen auch gut ausgebildete und engagierte Fachkräfte zusätzliche Verfügungszeit, um die notwendige Beobachtung der Kinder, individuelle Förderung, Dokumentation und die Zusammenarbeit mit anderen Fachkräften, Eltern und Schulen und nicht zuletzt die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen bewerkstelligen zu können. Es ist daher zwingend notwendig, dass ausreichende Verfügungszeiten hierfür finanziert werden.

Als Bundesverband der Elterninitiativen freut uns der in dem Kommuniqué formulierte Anspruch auf Partizipation und eine Kita als Lernort demokratischer Teilhabe besonders. Die langjährigen Erfahrungen der Kinderläden zeigen, dass die hier gelebte Partizipation und Basisdemokratie eine nachhaltige Lernerfahrung für die Eltern und Kinder darstellt und von ihnen als selbstverständliche Form des Miteinander erlebt und gelernt wird.

Auch der letzte Punkt des Kommuniqués trifft die Bedarfe und Erwartungen, die bundesweit von den Kinderläden formuliert werden. vielerorts waren es Elterninitiativen, die die ersten integrativen Plätze in Kitas geschaffen haben und bis heute sind sie maßgeblich an einem Ausbau der integrativen Betreuung beteiligt. Die Familien und Fachkräfte sind begeistert über die Erfahrungen und Erfolge, die sie in der integrativen Kinderladenarbeit machen. Sie leiden darunter, dass sie nicht in der Lage sind, den großen Bedarf abzudecken und immer wieder viele Kinder aufgrund fehlender freier Plätze oder fehlender finanzieller oder gesetzlicher Rahmenbedingungen abweisen müssen.

Ein Aufbau qualitativ und quantitativ guter Rahmenbedingungen für eine inklusive

Betreuung aller Kinder ist ein dringendes Anliegen der Kinderläden und Elterninitiativen.

Als Bundesverband werden wir immer wieder damit konfrontiert, dass die gesetzlichen Vorschriften und damit die Qualitätsstandards in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Darüber hinaus ist aufgrund der föderalen Strukturen und der Kommunalisierung die Finanzierung der Kitas auf kommunaler und Landesebene ebenfalls sehr verschieden. Wir fordern deshalb, dass bundesweit für alle Kinder unabhängig von ihrem Wohnort die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen sicher gestellt werden. Das Vorhaben von Bündnis 90/Die Grünen sich auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesstätten unter Berücksichtigung der beschriebenen Aspekte einsetzen zu wollen, greift dieses Anliegen auf.

Wir sind sehr daran interessiert, über konkrete Handlungsschritte, die diesem Kommunique folgen werden, frühzeitig informiert zu werden und sind gerne bereit, das Vorhaben im Rahmen unserer Möglichkeiten zu begleiten und zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag des Vorstandes



Norbert Bender  
(Geschäftsstellenleiter)